

Rede zum Haushalt 2022 des FDP-Fraktionsvorsitzenden im Stadtrat Speyer*Es gilt das gesprochene Wort!*

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Damen Beigeordnete,
sehr geehrte Ratskolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse,

das Konzept einer stabilen Risikovorsorge - **worunter wir die Umsetzung von Maßnahmen politischer Entscheidungen hin zu einer kontinuierlichen Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung sowie Schuldenabbau verstehen** - war und bleibt es, welches wir Liberale in den vergangenen Jahren in all unseren Haushaltsreden einforderten und für dessen Umsetzung wir uns weiterhin stark machen werden.

Wir mahnten stets an, dass die bisherigen Effekte der jahrelangen überaus guten Konjunktur und die Nullzinspolitik durch vielerlei weltweite Unsicherheiten nicht mehr abzuschätzen sind. Wir fordern seit jeher konkrete politische Anstrengungen und einen vernünftigen Sparwillen um ordentlichere Ergebnisse und finanzielle Solidität darstellen zu können um unseren eigenen zukünftigen Handlungsspielraum zu sichern und auszubauen.

Leider verhält diese Forderung alljährlich auch bei vielen Fraktionen und Gruppierungen dieses Rates und es wurden weiterhin munter teure und teilweise über das eigentliche Ziel hinausgehende Beschlüsse gefasst, deren nachhaltige Finanzierung in großen Teilen nicht sichergestellt ist und bisher lediglich auf Annahmen einer weiterhin brummenden Konjunktur basierten. Auf ein paar solcher – **auch angedachter** – Beschlüsse werde ich hier auch noch eingehen.

Durch Ihre Haushaltseinbringung vom 18. November – Frau Oberbürgermeisterin – reift nun auch auf fast tragische Art und Weise die Erkenntnis, dass durch diese Corona-Pandemie - **welche wir nun seit eineinhalb Jahren durchleben müssen** - nicht nur unser Gesundheitssystem, sondern auch die Finanzen der Stadt SPEYER an die Belastungsgrenzen stoßen und eine Risikovorsorge mehr als nur von Nöten wäre!

Unverändert nämlich, vereint der Haushalt weiterhin eine Vielzahl überaus hoher fixer Ausgaben, aber die Einnahmen erweisen sich wohl auch in den kommenden Jahren als sehr fragil.

Beunruhigend bleibt immer noch der Ausblick in die Zukunft, zu welcher wir noch gar nicht abschätzen können, wie sich diese gesellschaftlich und wirtschaftlich entwickeln wird.

Um kurz zu verdeutlichen, zu welchen Einschnitten es aber führen kann, wenn die Einnahmen die Ausgaben nicht mehr decken, erlaube ich mir heute auch einmal einen kleinen Rückblick. Mit einem Schreiben der ADD Trier vom 07.01.2020 verdeutlicht diese nämlich ausführlich ihre Bedenken wegen einer Rechtsverletzung bzgl. des Verstoßes gegen das absolute Gebot des Haushaltsausgleichs, da ein Jahresfehlbetrag des Ergebnishaushaltes 2020 von über 10 Mio. EUR von einer Mehrheit des Stadtrates angenommen wurde.

Denn neben dem Grundsatz der stetigen Aufgabenerfüllung zählt das Gebot des Haushaltsausgleichs zu den zentralen Leitprinzipien.

Es folgte die Phase einer vorläufigen Haushaltsführung und nur durch eine Vielzahl von teilweise schmerzlichen Einsparvorschlägen – **also die Streichung oder Verlegung von mitunter zukunftsichernden Maßnahmen** - konnte der Jahresfehlbetrag um ca. 7 Mio. EUR gemindert und der Haushalt somit erst freigegeben werden.

Als Folge verschlechterte sich allerdings u. a. auch die sog. „Freie Finanzspritze“ für die Jahre 2020 bis 2023, da die jährliche Zuweisung aus dem kommunalen Entschuldungsfond (KEF) zwar zu einer Verbesserung der Salden der ordentlichen Ein- und Auszahlungen führt, aber kein Ausdruck gesteigerter Leistungsfähigkeit ist, da die mit der Entschuldungshilfe verbundene Mindesttilgung der Liquiditätskredite bei der Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit zu berücksichtigen ist !

Und da eine dauernde Leistungsfähigkeit bei der äußerst defizitären Haushalts- und Finanzlage nicht gegeben war, sind bei der Genehmigung von Investitionskrediten – **also Investitionen in die Zukunft unserer Stadt** - ausschließlich nur alternativlose Maßnahmen unabweisbar und einer restriktiven Prüfung unterzogen!

Weiter stellte die ADD – **wie auch in den Vorjahren** – fest, dass wir über keine uneingeschränkt geordnete Haushaltswirtschaft verfügen und vorrangig den Haushalt konsolidieren müssen - **also Steuern erhöhen und Liquiditätsverschuldung abbauen!** Dieses würde unter anderem eine deutliche Anhebung der Grundsteuer B und der Gewerbesteuerhebesätze bedeuten, was keineswegs einer Attraktivitätssteigerung unserer Stadt dient und daher auch nicht in unserem Sinne sein kann.

Und da ja viele unserer Mahnungen verhallten, sattelten die Fraktionen der Kooperation noch munter eine haupt- und ehrenamtliche Beigeordnetenstelle oben drauf, was ebenfalls seitens der ADD äußerst kritisch zur Kenntnis genommen wurde!

Liebe Ratskolleginnen und Kollegen,

ein solches politisches Wirtschaften muss nun endlich ein Ende haben und das Augenmerk bei der Umsetzung künftiger Maßnahmen ist ausschließlich auf die **Notwendigkeit, Sinnhaftigkeit, Nachhaltigkeit und Finanzierbarkeit** dieser zu legen.

Auch wenn der nun vorliegende Haushaltsentwurf der Oberbürgermeisterin für das kommende Jahr – **allen Widrigkeiten zum Trotz** - Einnahmen sowie Ausgaben in Einklang bringt und am Ende sogar einen handfesten Überschuss ausweist, wird dieses – **bedingt der von uns zu tragenden Lasten** - künftig keine Selbstverständlichkeit sein, was es allerdings haushaltsrechtlich sein müsste.

Es ist eine ausgesprochen gute Nachricht, dass gerade in diesen schwierigen und turbulenten Zeiten ein solches Ergebnis vorgelegt werden konnte.

Wir möchten daher vorab unseren DANK an die Akteure der verschiedenen Fachbereiche in der Verwaltung richten, für deren überaus bedachte und sorgsame Planung der Finanzmittel, aber vor allem richten wir unseren DANK auch an die Vielzahl der unterschiedlichsten Speyerer Unternehmen, welche in überaus schwierigem Fahrwasser ihre Produktionstätigkeiten aufrechterhalten konnten und den Haushalt der Stadt durch weiterhin hohe Gewerbesteuererträge stabilisierten. Leider gehört es aber auch zur Wahrheit, dass durch die Stilllegung vieler wirtschaftlicher Bereiche Geschäftsaufgaben und Insolvenzen unabwendbar waren und jede einzelne Geschäftsaufgabe sowie jede einzelne Insolvenz, ist eine zu viel!

Und hier wird u. a. der Speyerer Wirtschaftsförderung und deren neuer Fachbereichsleiterin - Frau Gerwig und ihrem Team - künftig eine zentrale Schlüsselrolle zukommen, denn wir müssen – **wesentlich intensiver als bisher** – eine ordentliche Unterstützung unserer Gewerbetreibenden in unterschiedlichsten Bereichen sicherstellen und dieses auch kräftig bewerben sowie mit ausreichend professionellem Personal ausstatten, denn nur so kommen wir unserer dringend benötigten Risikovorsorge ein entscheidendes Stück näher!

Liebe Frau Gerwig. Hier zählen wir auf Sie!

Denn seit Jahren fordern wir Liberale eine zielgerichtete, strukturierte und personell gut aufgestellte Wirtschaftsförderung und unterstützen Sie und die Verwaltung daher gerne intensiv u. a. beim Wirken auch hinsichtlich der Aufstellung eines dringend benötigten Kriterienkataloges, der Wiederbelebung der Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft Speyer (WES) oder auch beim Voranbringen einer Marketing GmbH für Speyer.

Bei Grundstücksvergaben muss allerdings künftig die Qualität welche ein Bewerber mitbringt, **das Hauptentscheidungskriterium sein**, worunter wir u. a. die Menge und Qualität an Arbeitsplätzen, die Höhe der Gewerbesteuererträge oder auch Emissionen festmachen.

Auch mit der künftigen Erschließung des Pionier-Quartier's, werden wir den vorhandenen Bedarf an Gewerbeflächen bei weitem nicht decken können. Daher werden wir uns künftig dafür einsetzen, dass vorhandene oder zu entwickelnde Gewerbeflächen **ausschließlich** der Ansiedlung neuer oder der Erweiterung ansässiger Gewerbebetriebe zugeführt werden.

Wir haben dringenden Bedarf an Wohn- und Gewerbeflächen, welche in erforderlichem Umfang im Innenbereich unserer Stadt nicht mehr nachgewiesen werden können.

Die angespannte Wohnungsmarktsituation sollte durch die Siedlungserweiterung im Speyerer Norden gerade beim Thema **kostengünstiger Wohnraum** Entlastung bringen und auch die Position als **regionalbedeutsamer Wirtschaftsstandort mit Entwicklungsoptionen für Speyerer Unternehmen**, sollte gesichert werden.

Es war daher ein Fehler, auf große Flächen zur aktuellen Gebietsentwicklung und Erweiterung im Norden zu verzichten.

Denn durch den Verzicht dieser für eine Gebietsentwicklung prädestinierten Flächen, werden die Ziele des **Wohnungsmarkt- sowie des Wirtschaftsflächenkonzeptes** unseres Erachtens bei weitem nicht mehr realisierbar sein, denn diese wären nur mit einer **massiven inneren Nachverdichtung** darstellbar, zu welcher die breite öffentliche Akzeptanz fehlen dürfte.

Gerade im Hinblick auf die Schaffung bezahlbaren Wohnraumes benötigen wir ein Konzept, wie bei **künftiger Flächenentwicklung** die Stadt in Form einer **vertretbaren Wertabschöpfung** profitieren kann, um so auch den gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften und anderen Akteuren alternativer und gemeinschaftlicher Wohnbauprojekte bezahlbare Flächen für ihre Vorhaben zur Verfügung zu stellen. **Herr Nolasko ... Hier bauen wir u. a. auch auf Sie!**

Mit neuen und ordentlich durchdachten Konzepten und kürzeren Genehmigungsprozessen, würde sich nämlich auch eine bald zur Beschlussfassung anstehende Diskussion **um eine nicht benötigte und unseriöse Zweckentfremdungssatzung** erübrigen. Eine Satzung mit einem Sammelsurium an **Verboten, Restriktionen, Bußgeldern und behördlicher Kontrolle** für Immobilienbesitzer, mit welcher man das Missverhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Speyerer Immobilienmarkt nicht nennenswert verbessert.

Ferienwohnungen waren anfangs der Stein des Anstoßes. Es ist uns jedoch zu keiner Zeit eine solch erschreckende Ausuferung in diesem Bereich bekannt geworden, deren Reduktion eine deutliche Entlastung für Bewohner unserer Stadt herbeiführen könnte.

Wer dem Markt Wohnraum entzieht handelt nicht fair! Daher muss seitens der Verwaltung intensiver mit Eigentümern in den Dialog getreten und Hürden abgebaut werden, die Eigentümer am **Sanieren, Ausbau und Neuvermieten** hindern.

Sich am Eigentum Dritter mit einer Satzung Zugang verschaffen zu wollen, werden wir nicht unterstützen und lehnen ein solches Instrument ab.

Bereits in meiner letztjährigen Haushaltsrede beklagte ich den Umstand fehlender Flächen – **auch nach der projektierten Entwicklung in Speyer Nord** - und brachte davon unabhängig die Idee eines Interkommunalen Gewerbe- und Wohngebietes mit der Verbandsgemeinde Römerberg - Dudenhofen ein. Dank einer Mehrheit dieses Rates konnten wir unser Anliegen mit einem entsprechenden Antrag im Herbst bekräftigen und versprechen uns doch einiges bei Gesprächen zum angedachten Vorankommen einer diesbezüglich möglichen Zusammenarbeit.

Mit dem auch künftig in die Entwicklungsphase tretenden Polyongelände nämlich, liegen wir direkt an der südlichen Gemarkungsgrenze und es wäre bei der Gebietsentwicklung entscheidend auszuloten, ob Flächen **über das Polyongelände hinaus** gemeinschaftlichem Nutzen zur Wohn- und Gewerbeentwicklung zugeführt werden könnten.

Das Gelände wäre bei seiner Entwicklung flächentechnisch sehr begrenzt und auch überaus begehrt. Daher würde sich eine Anschlussentwicklung in Kooperation hier doch sehr anbieten.

Es freut mich persönlich sehr, dass in der Debatte um die künftige Entwicklung des Polyongeländes nun auch die CDU-Fraktion verstärkt mit dem Vorschlag in Erscheinung tritt, dort auch Parkflächen mit Shuttleverbindung in die Innenstadt schaffen zu wollen.

Ein Vorschlag – **und daran möchte ich schon erinnern** - welchen ich bereits mit einer Anfrage am 27.09.2018 in den Stadtrat eingebracht habe, damals aber leider – **auch bei der CDU** - auf „taube Ohren“ stieß.

Eine solche Entwicklung würde es nämlich auch hergeben, die geplante Maßnahme eines S-Bahn-Haltesüd im Bereich der Alten Schwegenheimer Straße - **also nahe des Polyongeländes** - zu etablieren!

Ein Infrastrukturprojekt, welchem die FDP sehr offen gegenübersteht, allerdings nicht an der bisher angedachten Stelle, da die Maßnahme dort **zu starke Auswirkungen auf ein gewachsenes und lebendiges Wohngebiet hätte** und zu einer massiven Verdichtung sowie enormen Parksuchverkehr führen würde.

Diesbezüglich begrüßen wir auch sehr die im kommenden Jahr beginnende Vorplanung zu einem dringend benötigten digitalen Verkehrsleitsystem, zu dessen Entwicklung ich ebenfalls bereits am 27.09.2018 mit einer Anfrage im Rat aufmerksam machte.

Zusammen mit einem attraktiven ÖPNV und einer Parkrauminfrastruktur am Stadtrand mit Zubringerbussen wird es auch gelingen, die innerstädtische Verkehrsbelastung künftig deutlich zu reduzieren und mehr Bürgerinnen und Bürger - **aber auch Besucher aus Nah und Fern** - für die Nutzung des ÖPNV zu gewinnen.

Daher sehen wir auch die hohen Investitionen in das neue Linienbündel als gerechtfertigt an und unterstützen dieses zum Nutzen einer attraktiven und lebendigen Innenstadt!

Diese Innenstadt nämlich, erlebt seit einigen Jahren einen Strukturwandel, welcher durch Corona nochmals an Fahrt aufgenommen hatte.

Gefreut hat uns daher die breite Unterstützung des Rates zu unserem Antrag zur **Bildung eines Innenstadtbündnisses** Anfang 2021, zu welchem wir im Sommer bereits die erste Begehung mit Gewerbetreibenden und der Stadtspitze vornehmen und viele Erkenntnisse gewinnen konnten, welche für die Ausgestaltung eines Zukunftskonzeptes unabdingbar sind.

Die Innenstadt ist das Pfund von SPEYER und der Handel, die Gastronomie und Hotellerie sowie die Dienstleistungsbetriebe benötigen unsere aktive Unterstützung. Der Fokus ist daher extrem auf den Erhalt einer **attraktiven Innenstadt, mit attraktiven Erlebnisflächen und guter Aufenthaltsqualität und Erreichbarkeit** zu richten.

Daher werden wir auch in unserem Bestreben bezüglich der Forderung einer weiteren neuen Rheinquerung bei SPEYER - **am besten in Ergänzung zur Salierbrücke** – nicht nachgeben und würden uns auch weitere politische Unterstützung hierzu wünschen.

Auch die Aufwertung des Postplatzes wird diesbezüglich einen Meilenstein bei der künftigen innerstädtischen Entwicklung einnehmen und ein verkehrsberuhigter Bereich soll künftig dafür Sorge tragen, dass sich die Masse an individuellem motorisiertem Verkehr um die Innenstadt herum bewegt und auch die Zunahme des Linienbusverkehrs – **bedingt durch das künftig neue intensivere Linienbündel** - im Bereich des Postplatzes und Postgrabens trägt seinen Teil dazu bei, dass die Umfahrung dieses innerstädtischen Bereiches allmählich zum Automatismus wird.

Auch die schon benannten Shuttleparkplätze an der nördlichen sowie südlichen Peripherie würden ebenfalls wesentlich zur Entzerrung des gesamten innerstädtischen Verkehrs beitragen!

Leider setzt sich derzeit in vielen Köpfen aber auch der Gedanke fest, die ausgerufenen Mobilitätswende sei gleichzusetzen mit dem Aussperren der Fahrzeuge aus der Innenstadt.

Für den Handel und viele Dienstleistungsbetriebe wäre aber die Sperrung der Gilgenstrasse für den Individualverkehr ein Desaster und es freut uns, dass in der angefachten Diskussion zumindest die CDU-Fraktion sich mal wieder aufrafft **und den Versuch unternimmt, ihre eigene Kontur innerhalb der Kooperation zu schärfen.** Mal schauen ob es ihr gelingen mag ?!

Die FDP steht zur Aufwertung des Postplatzes, sieht allerdings keinen Widerspruch darin, eine ökologische und gesellschaftliche Aufwertung des Platzes mit einer in beide Richtungen befahrbaren Gilgenstrasse umzusetzen.

Die Übernahme der Straßenlast - **bei Einrichtung einer verkehrsberuhigten Zone** - sollten wir aber nochmals ordentlich überdenken! Künftige Unterhaltungs- und Sanierungskosten gehen zu Lasten unseres Haushaltes. Auch wenn wir die Gilgenstrasse belassen würden wie sie ist – **nämlich als Landesstasse** - würde sich durch die Zunahme des Linienbündels der Individualverkehr unseres Erachtens ohnehin stark abschwächen **und auf die Ausweisung einer verkehrsberuhigten Zone könnte womöglich sogar komplett verzichtet werden.**

Eine Sperrung allerdings, wie seitens der Verwaltung angedacht, wäre unverantwortlich, kontraproduktiv und hätte erhebliche negative Auswirkungen für viele Bewohnerinnen und Bewohner der geplanten Umfahungsstrecken.

Gerne verweisen wir zum Thema Innenstadtverkehr nochmals auf unseren Prüfantrag zu **Mobilty on Demand (MoD)**, welcher mit großer Mehrheit im Rat angenommen wurde und sicherlich gute Alternativen - **zusätzlich zum ÖPNV und Individualverkehr** - in der Innenstadt schaffen kann.

Die künftige Planung hin zur Entlastung des innerstädtischen Verkehrs schließt für uns auch die freiwillige Übernahme der Geschwindigkeitsüberwachung im Stadtgebiet aus, welche die Stadt Speyer auf Antrag der SPD Stadtratsfraktion vom Land übernehmen möchte **und ebenfalls in der heutigen Sitzung zur Beschlussfassung vorliegt.** Es handelt sich hierbei um eine Maßnahme des freiwilligen Leistungsbereichs, welche – **und das ist höchstwahrscheinlich** – das Risiko eines defizitären Verlaufs beinhaltet.

Da wir als Kommune am KEF des Landes Rheinland-Pfalz teilnehmen, könnte sich dieses erheblich negativ an den - **ohnehin bereits gedeckelten** - sonstigen Ausgaben für freiwillige Leistungen auswirken.

Im Rahmen der Gefahrenabwehr lässt sich keine solch drastische Notwendigkeit erkennen, welche eine Maßnahme mit einem solch hohen und unkalkulierbaren Kostenrisiko rechtfertigen würde und auch überwiegend nur temporäre sowie punktuelle Unterstützung leisten könnte. Wir plädieren daher für ein **händlerbares und finanziell tragbares Konzept stationärer verkehrslenkender und verkehrsberuhigter Maßnahmen** an innerstädtischen Schwerpunkten, welche rund um die Uhr zu einer Beruhigung der Verkehrssituation – gerade auch an Kindergärten und Schulen – beitragen. Wir möchten eine dem Bedarf Rechnung tragende Maßnahme unterstützen, welche unsere Stadt auf Dauer auch bedienen kann.

Rein mit Ihrer spekulativen Aussage – Frau Beigeordnete Münch-Weinmann - eine feste durchschnittliche Anzahl von Verkehrssündern je Stunde würde mit nun auch höheren Bußgeldern im neuen Bußgeldkatalog diese Maßnahme in eine wirtschaftliche Durchführung lenken, werden wir nicht akzeptieren.

Es kann und wird nicht Aufgabe des Ordnungsamtes sein, **mit über den Bedarf hinausgehenden Geschwindigkeitskontrollen** Bußgelder generieren zu müssen, damit diese Maßnahme überhaupt kostendeckend dargestellt werden kann.

Wir sind gerne bereit, über stationäre und ganztags wirkende Maßnahmen zu sprechen! Die Übernahme der Geschwindigkeitsüberwachung durch die Stadt – **welche auch nur temporären Wirkungsgrad erzielt** - lehnen wir entschieden ab.

Dringend erforderliche freiwillige Leistungen in unzähligen anderen Bereichen wären mit solchen Beschlüssen in ihrer Fortführung äußerst gefährdet.

Wir dürfen nicht verkennen, dass wir uns immer noch in einer akuten Ausnahmesituation befinden und es überaus wichtig ist, gerade im freiwilligen Leistungsbereich den sozialen Zusammenhalt zu fördern und auch zu stärken. **Und dieses können wir nur, wenn wir über Mittel hierzu verfügen!**

Lobenswert sind gerade die zielgerichteten Maßnahmen der Verwaltung zur Abfederung negativer – durch die Pandemie verursachter - Auswirkungen u. a. hinsichtlich der Förderung Kulturtreibender, Selbstständiger, Schausteller oder auch dem wiederholten Erlass von Sondernutzungsgebühren im Bereich der Gastronomie und des Handels.

Auch Zuwendungen an Speyerer Vereine durch die Aufrechterhaltung freiwilliger Leistungen sind unabdingbar, gerade im Hinblick auf die Wahrung des sozialen Miteinanders und der Förderung von Kindern und Jugendlichen, **den größten Leidtragenden dieser Pandemie.**

Gerade hierzu erinnere ich **an einen Brandbrief** des Vorsitzenden des Stadtsportverbandes - Jürgen Kief - vom 16.08.2021, welcher sehr deutlich auf die enorm gestiegenen Herausforderungen der Vereine durch die Pandemie eingeht und aus dieser Not heraus eine Anhebung der Sportfördermittel für das Jahr 2022 beantragt.

Eine Bitte, welcher man in Anbetracht der aktuellen Situation eigentlich nachkommen muss. Gespräche diesbezüglich mit Frau Bürgermeisterin Kabs werden aber – **soweit ich informiert bin** – bereits auch geführt...

Wir laufen aber vehement Gefahr, Hilfen für diese Bereiche zu verspielen, denn auch im Bereich der freiwilligen Leistungen legt uns die ADD – **wie eingangs beschrieben** - Grenzen auf und u. a. Beschlüsse wie der vorgenannte - **zur Übernahme der Geschwindigkeitsüberwachung** - tragen ihr Übriges dazu bei, künftig noch mehr eigene Handlungsfähigkeit sprichwörtlich aufs Spiel zu setzen.

Ebenfalls immer noch besonders schwer, haben es u. a. der Speyerer Einzelhandel und die Schaustellerbetriebe sowie die Gastronomieszene, welchen die neuerliche Umstellung auf 2 G plus erneut einen wesentlichen Umsatzrückgang bescheren wird.

Hier erwarten wir auch künftig einen **ordentlichen und menschlichen Umgang** mit den Betroffenen, welche teilweise extrem um ihre wirtschaftliche Existenz kämpfen. Seitens der Ordnungsbehörde erbitten wir ausdrücklich **proaktives Handeln** und das Erstellen von **Bußgeldbescheiden** nur als allerletztes Mittel in Betracht zu ziehen. Gerade in den letzten Monaten agierte man hier teilweise sehr unglücklich und Sie - Frau Beigeordnete Münch-Weinmann - trugen als verantwortliche Dezernentin **wenig zur öffentlichen Entschärfung bei aufgetretenen Konflikten bei**, was auch zu einem teilweise negativen Bild unserer Stadt beigetragen hat.

Auch muss es künftig für Bürgerinnen und Bürger **stets ohne Terminvereinbarung** möglich sein, ihre individuellen Anliegen vor Ort in den dafür vorgesehenen Anlaufstellen der Verwaltung – **den Bürgerbüros** - zum Abschluss zu bringen. Der gesundheitliche Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Einrichtungen hat oberste Priorität und kann mittlerweile auch gewährleistet werden.

Daher ist es für uns künftig nicht mehr akzeptabel, u. a. für die Ausstellung eines Führerscheines, einer Änderung des Wohnsitzes, einer Um- oder Abmeldung von Kraftfahrzeugen und vieles andere diese Anlaufstellen nochmals für Besucherverkehr zu schließen und den Betroffenen **teilweise wochenlange Wartezeiten** zuzumuten.

Angestoßen durch die kommunalen Investitionsprogramme werden offensiv Sanierungsarbeiten an Speyerer Schulen vorgenommen und mit dem nächsten Teil des Digitalpakts der Ausbau der digitalen Infrastruktur vorgebracht. Dieser wird auch Speyer in Art und Form der weiterführenden personellen Ausstattung hohe eigene Mittel abverlangen, was sich auch auf den Stellenplan der Verwaltung auswirkt und wofür wir Maßnahmen auch zu deren Sicherung umsetzen müssen.

Dank der „Ampelkoalition“ im Bund, wird die Finanzierung des Digitalpaktes bis 2030 gesichert und somit auch planbarer für die Kommunen.

Die gute Ausstattung unserer Schülerinnen und Schüler sehen wir als gesamtgesellschaftliche Aufgabe an, denn wir wollen und müssen in beste Bildung investieren!

Gerade die Versäumnisse der vergangenen Jahre und Jahrzehnte ließen die widrigen Umstände in unseren Kitas und Schulen zu Tage treten.

Um diesbezüglich eine Zukunftssicherung zu gewährleisten, werden aktuell Kitas und Schulen sowohl von der baulichen als auch von der technischen Infrastruktur her aufgerüstet.

Auch neue Kitas kommen hinzu, deren bauliche Folgekosten wir als Stadt künftig zu tragen haben. **Ein wichtiger Schritt zur sozialen Versorgung**, welcher mit einer entsprechenden Risikovorsorge untermauert werden muss.

Eingangs erwähnte ich, dass wir Haushaltskonsolidierung voranbringen und Liquiditätsverschuldung abbauen müssen.

Leider wurde in den Jahren des Booms stetig versäumt, Schulden systematisch abzubauen.

Das nun im vorliegenden Plan wiederholte Ergebnis, in welchem die Höhe der Liquiditätskredite leicht reduziert werden konnte, ist überaus erfreulich und spornt an. Allerdings ist ein weiterer **kontinuierlicher Abbau** dauerhaft nur über **ausgeglichene Haushalte** möglich und die aktuelle Höhe der Liquiditätsverschuldung - mit leicht unter 70 Mio. EUR - sehen wir unverändert als besorgniserregend an.

Mit den 2. Höchsten Ausgaben im Haushalt machen uns – **auch abseits der Pandemie** - die chronisch unterfinanzierten und auferlegten Pflichtausgaben von Land und Bund in vielen sozialen Bereichen gehörig zu schaffen und nehmen uns immer mehr eigene Spielräume.

Selbstverständlich müssen wir alle - **im Land wie auch im Bund** - unentwegt einen höheren Ausgleich im Sinne der Konnexität anmahnen und einfordern. Und Sie sprachen es in Ihrer Haushaltseinbringung auch an – Frau Oberbürgermeisterin – denn ca. 15 Mio. Euro ergeben sich hier an Unterdeckung bezüglich übertragener Auftragsangelegenheiten.

Auch wenn die rheinland-pfälzische Finanzministerin Doris Ahnen in ihrer Haushaltsrede dem Willen Ausdruck verleiht, **die Hälfte der Kassenkredite der hoch verschuldeten Städte und Gemeinden übernehmen zu wollen**, werden wir als Kommune dennoch künftig eigene **hohe** Beiträge an der Finanzierung dieser Ausgaben schultern und darstellen müssen. Denn mit der Aufrechterhaltung der Schuldenbremse – **zum Schutze der nachfolgenden Generationen** – bleibt auch das Signal der Richter vom Bundesverfassungsgericht zum kommunalen Finanzausgleich an die Kommunen nicht vergessen, nämlich dass diese **ihren Anteil zur Sanierung der Haushalte beizutragen haben, in dem Ausgaben gesenkt und Einnahmen erhöht werden**. Es wäre wünschenswert und angebracht, künftig von einer deutlichen Entlastung profitieren zu können, die weiteren Entwicklungen bleiben aber spannend.

Kürzungen von Schlüsselzuweisungen dürfen uns jedenfalls nicht davon abhalten, unser wirtschaftliches Vorankommen – stärker als bisher - selbst in die Hand zu nehmen, um dringend benötigte Investitionen auszubauen.

Und – kaum zu glauben aber wahr, bildet der Personalbedarf immer noch den größten Haushaltsetat!

Der Stellenplan wächst erneut und zwar um angedachte knapp 37 Stellen. Ein Anwachsen um ca. 4 %, was insgesamt zu einem Personal- und Versorgungsaufwand in Höhe von ca. 63 Mio. EUR führt.

U. a. soll neues Personal im Bereich der Informationstechnologie an den Schulen hinzukommen. Die sachgerechte und personelle Ausstattung, gerade im Hinblick zeitgemäßer Medien- und IT-Ausstattung sowie die digitale Vernetzung der Schulgebäude erfordert dieses, ebenso auch der Bereich der Feuerwehr und des Katastrophenschutzes.

Seit Jahren mahnen wir allerdings an, Personalkosten zu senken, da auch Besoldungserhöhungen bei den Beamten und Tariferhöhungen bei den Tarifbeschäftigten sowie Pensionsversorgungen künftig die begrenzten Mittel der Stadt weiter einschränken werden.

Mit etwa 1.000 Beschäftigten ist die Stadtverwaltung SPEYER einer der größten Arbeitgeber in der Stadt. Und trotzdem erreichten uns in der zurückliegenden Zeit leider vermehrt Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern, dass Ansprechpartner bei der Stadt über Tage nicht erreichbar sind, oder keine Rückrufe erfolgen, oder Termine erst in Wochen verfügbar sind.

Ausnahmen bestätigen selbstverständlich die Regel und wir möchten die überaus gute Arbeit der Verwaltung hierdurch auch nicht mindern.

Um aber künftig mehr Effektivität zu erreichen, ist nicht nur die Anzahl an Beschäftigten, sondern auch die **Verwaltungsstruktur** wichtig.

Uns ist auch klar, dass eine Verwaltung bezüglich ihrer vielfältigen Aufgaben immer personalintensiv aufgestellt sein wird.

Gerade aber angesichts der überaus angespannten Finanzlage der Stadt erwarten wir durch das Vorankommen bei der Digitalisierung, dass mit den Personal-Ressourcen sparsamer umgegangen und das Angebot bei sinkenden Kosten verbessert werden kann. **Offenbar gibt es in manchen Bereichen zu wenig Beschäftigte und in anderen Bereichen zu viele.**

Eine tiefgreifende Verwaltungsreform zur Verbesserung des Angebots und Reduzierung der Kosten, wird sogar von Beschäftigten der Stadt selbst als dringlich erachtet

Wir fordern auch weiterhin eine **umfassende und strukturelle Verwaltungsreform**. In Ihrer Haushaltseinbringung, Frau Oberbürgermeisterin, bemängeln Sie auch den Fachkräftemangel bei der Verwaltung.

Wir sind davon überzeugt, dass nicht nur die Bürgerinnen und Bürger **in teilweise verkrusteten Verwaltungsstrukturen** verhaftet sind, sondern auch die Beschäftigten selbst. Wir sehen diesen Umstand jedenfalls auch als Grund, weshalb viele Städte so große Schwierigkeiten haben, geeignetes Personal für die normalen alters- und fluktuationsbedingten Abgänge zu finden. An der gar nicht so schlechten Bezahlung und der Sicherheit des Arbeitsplatzes kann es nicht liegen!

Daher ist es unabdingbar, dass nicht nur an den Schulen der nächste Teil des Digitalpakts umgesetzt wird, sondern auch die Verwaltung mit der **Erarbeitung einer Digitalstrategie hin zur digitalen Stadt** aufschließen muss.

Die wiederholte Bewerbung für die Bundesförderung „Smart City“ ist daher wichtig und richtig und wir wünschen der verantwortlichen Beigeordneten Sandra Selg – **mit, aber auch ohne Förderung** – eine gute Hand bei der weiteren Entwicklung und Umsetzung dieser nicht einfachen und zukunftsweisenden Aufgabe, welche mit einer Vielzahl positiver Veränderungen in vielen Bereichen einhergehen wird.

Lassen Sie mich zum Schluss noch kurz auf die Bewerbung der Stadt SPEYER zur Landesgartenschau 2027 eingehen, welche für unsere Stadt wesentlich mehr als nur eine „Blümchenschau“ darstellt, sondern ein **hocheffizientes Strukturentwicklungsinstrument**.

Sie verbessert den Wohn- und Lebenswert einer Kommune **und schafft Ruhe, Bewegungs- und Begegnungsmöglichkeiten**.

Sie schafft eine **hohe Aufmerksamkeit für die Region** und steigert damit u. a. auch **den Bekanntheitsgrad der regionalen Unternehmen** und trägt so auch wesentlich **zu einer nachhaltigen Verbesserung des Investitionsklimas bei**.

Faktoren wie ein gutes Image, ein lebenswertes Umfeld sowie eine offene und einladende Atmosphäre beeinflussen im positiven Sinne auch zunehmend die Standortentscheidungen und den wirtschaftlichen Erfolg von Unternehmen.

Viele Projekte könnten im Rahmen des Landesgartenschauprozesses in einer **effizienteren Dimension sowie einem kürzeren Zeitrahmen** umgesetzt werden und hohe Entwicklungssprünge ermöglichen.

Eine Vielzahl regionaler Unternehmen würde direkt von den Aufträgen zu einer Landesgartenschau **sowie von den flankierenden öffentlichen und privaten städtischen Maßnahmen** profitieren.

Es mag für jeden unterschiedlichste Ansichten zur Bewertung eines solchen Projektes geben, die vor kurzem öffentlich gemachten Ansichten der Speyerer Wählergruppe (SWG) aber können wir nicht mehr nachvollziehen!

Sie wolle u. a. weitere Belastungen für den städtischen Haushalt vermeiden, hatte aber vor gerade einmal 2 Jahren selbst zu einer Mehrbelastung des in Schräglage befindlichen Haushalts von über 1 Million Euro beigetragen, indem sie sich einer – **nicht in dieser Form notwendigen** – Erweiterung des Stadtvorstandes aussprach.

Kosten, mit welchen man auch Maßnahmen wie die weitere Einrichtung von Pico-Parks oder auch die Beschaffung von Luftfiltern hätte teilweise finanzieren können, was die SWG auch in ihren Argumenten gegen eine LGS aufzählt.

Leider verschwimmen Konturen einzelner Partner der Kooperation so sehr, dass **individuelle Unterschiede** kaum mehr zu erkennen sind und unsere Stadt somit auch teilweise wichtige Unterstützung verliert, sich zukunftsfähig auszurichten. Sehr schaden ...

Vieles wäre noch zu sagen, vieles wurde aber auch schon durch andere politische Gruppierungen eingebracht und das eine oder andere wird im Anschluss an meine Ausführungen noch folgen...

Anhand der fortgeschrittenen Zeit komme ich aber zum Resümee der FDP und richte erneut mein Appell an Sie alle, eine Risikovorsorge nun dringend umzusetzen, da die bisher von mir angemahnten weltweiten Unsicherheiten - **nun in Form einer langanhaltenden Pandemie** - dramatisch in unserer Heimatstadt SPEYER eingeschlagen hat wie eine Bombe.

Lassen Sie uns endlich **konkrete politische Anstrengungen** unternehmen und einen vernünftigen Sparwillen umsetzen, um ordentlichere Ergebnisse in der Zukunft darstellen zu können. Leider blockiert sich der Stadtrat oft selbst und ich möchte daher einen weiteren Appell an uns alle richten, **künftig zielgerichtet nicht nur Kleinprojekte sondern die Stadt als Ganzes voranzubringen.**

Auch wenn der vorliegende Haushalt noch nicht so ganz den Willen vereint, künftig strukturell ausgeglichene Ergebnisse darstellen zu können, beinhaltet er doch zukunftsweisende und auch von uns Liberalen geforderte Investitionen u. a. **zu Grundstückskäufen zum Pionier-Quartier im Speyerer Norden zur Wohn- und Gewerbeflächenentwicklung, die Planungen zu einer Landesgartenschau zur Verwirklichung weiterer städteplanerischer Ziele, einem ordentlichen ÖPNV-Konzept zur Stärkung der Innenstadt und der geplanten Entlastung des innerstädtischen Verkehrs, einem Digitalpakt für Schule und Verwaltung, der Planung eines neuen Verkehrsleitsystemes** und einiges mehr.

Investitionen also, welche auch Maßnahmen hin zur Risikovorsorge vereinen.

Daher erklären wir uns – **auch in Anbetracht der immer noch sehr sensiblen Lage** – bereit, den Haushalt 2022 zu unterstützen.

Speyer hat in den vergangenen eineinhalb Jahren bewiesen, dass es zusammenhält und wir sind immer noch davon überzeugt, dass Speyer auch mehr kann!

Die FDP wird sich auch künftig vernünftig einbringen ...

Mein herzlicher Dank geht an den gesamten Stadtvorstand für deren hohen persönlichen Einsatz – **gerade auch bei der Pandemiebekämpfung** - und die angenehme sowie gute Zusammenarbeit.

Ebenfalls einen ganz herzlichen DANK richte ich an all die zahlreichen Beschäftigten der **Gesundheits- und Katastrophendienste** unserer Stadt und darüber hinaus, sowie die **vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer** auch in den Test- und Impfzentren, die zu oft weit über der Belastungsgrenze agieren müssen. Sie alle verdienen unsere volle Anerkennung und Respekt!

Auch bedanke ich mich sehr herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die Erstellung des Haushalts und die darüber hinausgehende Zusammenarbeit, ein Dankeschön an meine Ratskollegin Bianca Hofmann, ein Danke an unseren Kreisverband und - last but not least - Ihnen allen für Ihre Aufmerksamkeit.

Kommen Sie alle gesund durch die anstehende Weihnachtszeit und erleben Sie angenehme Feiertage im Kreise Ihrer Familien.

Mike Oehlmann - Fraktionsvorsitzender der Freien Demokraten SPEYER – FDP

Speyer, den 16.12.2021

Freie  **FDP**
Demokraten